

BAUBESCHREIBUNG

zum Leistungsverzeichnis

Bauvorhaben: **Landeshauptstadt Kiel**

Mobilitätsstation Andreas-Hofer-Platz

Straßenbauarbeiten

Auftraggeber: **Landeshauptstadt Kiel**

Tiefbauamt, Abt. Planen und Bauen
Lessingplatz 2
24116 Kiel

Allgemeine Hinweise:

Besetzung der Baustelle

Der Auftragnehmer hat einen verantwortlichen Bauleiter für die Baustelle einzusetzen, der berechtigt ist, Anordnungen der örtlichen Bauüberwachung entgegenzunehmen. Der Bauleiter ist dem Auftraggeber zu benennen. Bei Nichteinhaltung von Terminen oder sonstigen schwerwiegenden Gründen ist er auf Verlangen des AG abzulösen.

Die Baustelle ist durchgehend durch einen Schachtmeister zu besetzen. Ein Wechsel des Schachtmeisters bedarf der Zustimmung des AG.

Aufgabeschein

Unmittelbar nach Auftragserteilung ist vom AN bei der LH Kiel, Tiefbauamt - Abt. Straßenunterhaltung ein Antrag auf Aufgrabegenehmigung für dieses Bauvorhaben zu beantragen.

Lichtsignalanlagen

Lichtsignalanlagen sind im Baufeld nicht vorhanden.

Allgemeine Beschreibung der Leistung Auszuführende Leistungen

Für die Durchführung des Projektes sind folgende Maßnahmen vorgesehen:

Titel 1: Mobilitätsstation „Andreas-Hofer-Platz

Die abschnittsweise und teils kleinteilige Herstellung ist in den Einheitspreisen einzurechnen.

Grundsätzlich werden sämtliche wiedereinbaufähige Materialien ausgebaut und von dem AN auf dem Bauhof der Landeshauptstadt Kiel gefahren. Das Abladen und Stapeln der Steine sind in die Positionen einzukalkulieren.

Die zum Wiedereinbau ausgeschriebenen Materialien stehen dem AN auf dem Bauhof der Landeshauptstadt Kiel zur Verfügung und sind entsprechend aufzuladen und anzufahren.

Die Schieberkappen sind vom Bauhof der SWKiel Netz GmbH abzuholen.

Tabelle der Transportentfernungen:

Mittlere Länge der Förderwege ab Baustelle zum Lagerplatz:

Lagerplatz Kiel Ottostraße:	ca. 5,0 km
Lagerplatz Kiel Grasweg:	ca. 10,0 km
Lagerplatz Kiel SWB Diedrichstr. 31:	ca. 5,0 km
Lagerplatz Uhlenkrog Stadtwerke:	ca. 7,5 km
Lagerplatz Bodenaufbereitung des AG:	bis 25,0 km

Die Baumaßnahme wird im Auftrag und auf Rechnung der Landeshauptstadt Kiel ausgeschrieben.

Die Abrechnung der Schieberkappen der Versorgungsanlagen erfolgt in einer separaten Rechnung über das Ing.-Büro eds-planung an die Stadtwerke Kiel AG, Abt. TNPN Planung / Bau Netze, Uhlenkrog 32, 24113 Kiel.

Die Schachtabdeckungen und Abdeckungen für Sinkkästen sind vom AN zu liefern und werden über die vorliegende Baumaßnahme abgerechnet.

Für sämtliche Leistungen des Leistungsverzeichnisses gilt die VOB in der neuesten Fassung.

Alternativangebote sind zulässig, sofern sie technisch gleichwertig sind. Beabsichtigt der Bieter andere Stoffe oder Bauteile als in der Ausschreibung vorgesehen einzusetzen, so ist dies nur über Nebenangebote möglich, sofern der Bauherr nicht ausdrücklich solche ausgeschlossen hat.

Qualifikation des zu benennenden Verantwortlichen für die Sicherungsarbeiten an Arbeitsstellen gemäß dem „Merkblatt über die Rahmenbedingungen für erforderliche Fachkenntnisse zur Verkehrssicherung von Arbeitsstellen an Straße (MVAS)

Asphalt- und Bodenmanagement

Eine Baugrundbeurteilung liegt von GSB Grundbauingenieure GmbH mit Stand vom 09.10.2025 vor.

Der AN hat Bereitstellungsflächen für den Asphaltaufbruch und den Bodenaushub zur Verfügung zu stellen. Der Asphaltaufbruch und der Bodenaushub ist vom AN zu den Bereitstellungsflächen zu transportieren und dort eigenverantwortlich beproben zu lassen. Anschließend erfolgt die Entsorgung entsprechend der Analyseergebnisse durch den AN. Entsprechende Positionen sind im Leistungsverzeichnis enthalten.

Der anfallende Boden ist getrennt nach den jeweiligen Schichten (Sand / Geschiebelehm / Geschiebemergel) aufzunehmen und zur Bodenaufbereitungsanlage des AG zu transportieren.

In der Nähe der Toilettenanlage wurde eine Torflinse erkundet. Diese ist auszubauen und nach Wahl des AN zu entsorgen.

Bewertung und Gefährdungsabschätzung nach Arbeitshilfen – Kampfmittelräumung

In dem gesamten Baubereich der „Mobilitätsstation Andreas-Hofer-Platz“ handelt es sich um eine Kampfmittelverdachtsfläche. Es muss auf der angefragten Fläche der geplanten baulichen Anlagen bzw. der bodeneingreifenden Maßnahmen eine Überprüfung mittels Sondier-technik erfolgen. Dies erfolgt im Vorwege der Baumaßnahme durch den AN. Sollte dann noch keine Baufreiheit vorliegen, sind die notwendigen Arbeiten im Beisein eines §20-Mannes durchzuführen. Positionen sind im LV enthalten.

1. Allgemeine Beschreibung der Leistung

Die Landeshauptstadt Kiel plant die Herstellung von einer weiteren Mobilitätsstation auf der Parkplatzanlage gegenüber des Andreas-Hofer-Platzes östlich der Wiener Allee zwischen den Gebäuden Haus Nr. 30 und 34 in Kiel-Elmschenhagen. Die ausgeschriebenen Leistungen beinhalten den Neubau der Platzfläche sowie von 3 Stück Fahrradabstellanlagen, 1 Paketstation MyFlexBox, die Aufstellung einer Info-Steile sowie den Platzbedarf für E-Scooter und Sprottenflotte. Für die vorgenannten Anlagen sind die Einzel- und Streifenfundamente nach Vorgabe des AG herzustellen und die Aufstellung der Anlagen zu koordinieren.

Sämtliche Flächen sind nach den vorliegenden Planunterlagen neu zu befestigen. Die Abführung des anfallenden Oberflächenwassers sowie die Koordinierung der Schnittstellen der Dachentwässerung gehört ebenfalls zu den geforderten Leistungen. Weiter sind die Versorgungsgräben für Strom herzustellen und sämtliche damit zusammenhängende Arbeiten wie Einbau der Zähler im vorhandenen Schaltschrank, Anschluss der Fahrradabstellanlagen usw. zu koordinieren.

1.1 Mobilitätsstation Andreas-Hofer-Platz

1.1.1 Art und Umfang

Die neu herzustellende Mobilitätsstation liegt am östlichen Stadtrand der Landeshauptstadt Kiel in Nähe des Andreas-Hofer-Platzes auf einer bestehenden Parkplatzanlage. Westlich verläuft die Wiener Allee, die südlich an die B76 anschließt.

Die Baufläche befindet sich im Eigentum der Landeshauptstadt Kiel ist zurzeit als öffentlicher Parkplatz nutzbar.

Auf dem Grundstück ist die Errichtung einer Mobilitätsstation vorgesehen. Es sollen 1 Fahrradunterstand „Doppelstock“ für 18 Fahrräder, 1 Fahrradabstellanlage für 16 Fahrräder sowie 1 niedrige Lastenradabstellanlage für 4 Lastenfahrräder aufgestellt werden. Die Herstellung der Streifenfundamente für die vorgenannten Anlagen ist Teil dieser Ausschreibung. Nach Herstellung sind die Fundamente zu überpflastern. Zur Aufstellung der Fahrradabstellanlagen sind die Fundamente wieder freizulegen und das Pflaster an die Stützen anzupassen. Die Standartgebäude werden im Nachgang der tiefbaulichen Erschließung hergestellt.

Weitergehend ist der Einbau von 1 Stück Informationssteile vorgesehen. Auch hierfür sind die Fundamente herzustellen.

Durch die Verlegung von Schutzrohren DN 100 ist ein späterer Stromanschluss möglich.

Für die Ableitung der Oberflächenentwässerung sind Regen- und Schmutzwasser-Anschlußkanäle DN 150 vorgestreckt mit Uponor-Hausanschlusschächten hergestellt worden. Die Übergabeschächte entsprechen nicht dem Standard der Stadt Kiel und sind gegen Übergabeschächte DN 1.000 zu tauschen.

Im nordöstlichen Bereich ist ein Straßenablauf vorhanden und mit PVC-Rohren an dem Übergabeschacht angeschlossen. Der Straßenablauf und die Anschlußleitung sind zu erneuern.

Die Entwässerung der Dachflächen erfolgt über Fallleitungen DN 50 in den Stützen. Diese werden Oberflächennah über die Pflasterflächen abgeführt. Neue Entwässerungsanlagen sind hierfür nicht vorgesehen.

Die Fahrradabstellanlagen sind nahezu waagrecht aufzustellen. Das derzeitige Höhengniveau ändert sich dadurch aber nur geringfügig.

Es sind jeweils Abstellanlagen für E-Roller und E-Sprotte herzustellen.

Die Parkplatzanlage wird aufgegeben und als Rad- und Fußläufige Platzfläche neu mit Betonpflaster 24x16x10cm Naturgrau befestigt.

Die Fahrradanlagen erhalten einen Pflasterbelag aus Betonpflaster 24x16x10cm in der Farbe anthrazit.

Die Ausschreibung umfasst etwa folgenden Leistungsumfang:

300 m3	Erdarbeiten DIN 18300
40 m	Entwässerungskanalarbeiten DIN 18306
80 m3	Schichten ohne Bindemittel DIN 18315
350 m2	Pflasterdecken und Platten DIN 18318
3 Stück	Einzelfundamente aus Stahlbeton
5 Stück	Streifenfundamente aus Stahlbeton
1 Stück	Guss-Baumrost 2.000 x 2.000 mm mit Bauscheibe aus Deckkies
150 m2	Rekultivierte Parkplatzfläche mit 3 Bäumen

1.1.2 Vorhandene und geplante Querschnitte

vorhandene Querschnitte und Oberbauten

Zurzeit besteht die Fläche aus Asphaltbeton, worauf Parkplätze aufmarkiert worden sind.

Der Zugang zum Grundstück erfolgt über die westliche Wiener Allee.

Auf dem Grundstück liegt eine Trafostation der Stadtwerke Kiel sowie eine Toilettenanlage des ABK.

geplante Querschnitte

Die Anbindung der Mobilitätsstation erfolgt westlich der Wiener Allee. Die Anbindung bleibt unverändert bestehen. Die Zufahrt wird durch Poller Modell Leuchtturm für den KFZ-Verkehr unterbunden.

Der Aufbau der Platzflächen ist in ungebundener Pflasterbauweise vorgesehen.

Die Neuherstellung auch des Unterbaues erfolgt gem. dem Ausbaustandard der Stadt Kiel für Pflasterbauweisen auf Schottertragschichten.

Es sind 4 Stück Bäume neu geplant. Die Baugrubenvorbereitung aus Pflanzsubstrat erfolgt im Rahmen dieser Baumaßnahme. Die Pflanzarbeiten werden nach Baufertigstellung durch das Grünflächenamt der LH Kiel veranlasst.

Oberbau – Aufbau der Befestigungen (Ausbauquerschnitte)

Flächen der Platzbefestigung

8,0 cm	Betonpflaster 24/16/8 cm, naturgrau
4,0 cm	Brechsand-Splitt-Gemisch 0/5 mm
20,0 cm	Schottertragschicht 0/32 gem. ZTV – SoB – StB
<u>28,0 cm</u>	<u>Frostschuttschicht 0/32 gem. ZTV – SoB – StB</u>
60,0 cm	

Flächen der Fahrradabstellanlagen

8,0 cm	Betonpflaster 24/16/8 cm, anthrazit
4,0 cm	Brechsand-Splitt-Gemisch 0/5 mm
20,0 cm	Schottertragschicht 0/32 gem. ZTV – SoB – StB
<u>28,0 cm</u>	<u>Frostschuttschicht 0/32 gem. ZTV – SoB – StB</u>
60,0 cm	

Begehbare Bauminzel

3,0 cm	Deckkies 0/8
<u>17,0 cm</u>	<u>Frostschuttschicht 0/32 gem. ZTV – SoB – StB</u>
20,0 cm	

1.1.3 Vorhandene und geplante Randeinfassungen

vorhandene Randeinfassungen

Im Bereich der Parkflächen bestehen die vorhandenen Randeinfassungen aus Betonborden 150x300 mm. Die Borden sind aufzunehmen, zu säubern und zum städtischen Bauhof zu transportieren.

geplante Randeinfassungen

Die Einfassung der nördlichen Platzflächen parallel zur Fahrgasse „TEDI“ erfolgt mit Betonbordsteinen DIN EN 1340 Typ DIT – DIN 483, HB 150 x 300 auf 20,0 cm Unterbeton C 16 / 20 und 15,0 cm Rückenstütze aus Beton C 16 / 20.

Die Einfassung der östlichen Platzflächen zur Grünflächen erfolgt abgesenkt ohne Vorstand mit Betonbordsteinen DIN EN 1340 Typ DIT – DIN 483, TB 100 x 250 auf 20,0 cm Unterbeton C 16 / 20 und 10,0 cm Rückenstütze aus Beton C 16 / 20, um die Ableitung des Oberflächenwassers auf die Grünflächen zu gewährleisten. Hinter dem Bordstein ist eine Plattenreihe aus Beton 150x150 mm angeordnet. Parallel dazu eine Geröllpackung DN 6 – 16 cm auf einem Vlies.

Die Einfassung der südlichen Platzflächen erfolgt mit 5 cm Vorstand mit Betonbordsteinen DIN EN 1340 Typ DIT – DIN 483, TB 100 x 250 auf 20,0 cm Unterbeton C 16 / 20 und 10,0 cm Rückenstütze aus Beton C 16 / 20.

Die Abgrenzung der Mobilitätsstation zu den vorhandenen Gehwegflächen erfolgt mit Betonbordsteinen DIN EN 1340 Typ DIT – DIN 483, EF 60 x 250 auf 20,0 cm Unterbeton C 12 / 15 und 10,0 cm Rückenstütze aus Beton C 12 / 15.

1.1.4 Erdbau

Der notwendige Erdbau umfasst die erforderlichen Abtrags- und Auftragsarbeiten zur Herstellung der geplanten Linienführung sowie zur Angleichung an das angrenzende Gelände.

Für die im Zuge des Erdbaus gewonnenen Böden sind die Angaben in den „Allgemeinen Hinweisen - Asphalt- und Bodenmanagement zu beachten.

Eine Klassifikation der anstehenden Böden nach Homogenbereichen wurde nicht durchgeführt. Es handelt sich um Sande, Kies-Sand-Gemische, Geschiebemergel und Geschiebelehm.

Im Bereich der Toilettenanlage wurde eine Torflinse erkundet. Diese Torflinse ist zu sanieren.

Fehlende Füllböden werden zugeliefert, eingebaut und verdichtet.

Die angrenzenden Gebäude sind erschütterungsempfindlich.

Die Größe der Verdichtungsgeräte ist unter Beachtung der zulässigen Schwinggeschwindigkeit auf die vorhandene Bebauung / Einfriedigungsmauern abzustimmen. Die Dicke der Einbaulagen zur Herstellung des Erdplanums bzw. für den Einbau der Tragschichten sind den Verdichtungsgeräten anzupassen. Es darf in Nähe der Einfriedigungsmauern nur mit kleinem Verdichtungsgerät (3000er Rüttelplatte) und entsprechender verminderter Lagestärke gearbeitet werden. Während der Bauarbeiten sind in jedem Fall die Anforderungen und Anhaltswerte der Schwinggeschwindigkeit vi gemäß der DIN 4150-3 einzuhalten. Im Zweifelsfall sind Erschütterungsmessungen durchzuführen.

1.1.5 Entwässerung

Für alle Rohre hat der AN einen statischen Nachweis zu erstellen und vor Baubeginn dem Auftraggeber vorzulegen, Vorgabe: Straßenverkehrslast SLW 60. Es ist keine Unterrammung zugelassen.

Für alle Schachtbauwerke hat der AN einen statischen Nachweis zu erstellen und in geprüfter Form vor Baubeginn dem Auftraggeber vorzulegen, Vorgabe: Straßenverkehrslast SLW 60.

Vorhandene Entwässerungseinrichtungen

Es sind Straßenabläufe und Anschlußleitungen aus PVC DN 150 auszubauen.

Geplante Entwässerungseinrichtungen

In dem Baubereich werden die Anschlusskanäle in offener Bauweise neu hergestellt.

Das Oberflächenwasser wird über die westlichen Grünflächen abgeleitet. In der Grünfläche wird als Überflutungsschutz der vorhandene Straßenablauf erneuert und umpflastert.

1.1.6 Ausstattung

Einfriedungen
-Entfällt-

Beleuchtungseinrichtungen

Die Beleuchtungseinrichtungen werden im Zuge der Baumaßnahme mit hergestellt.

Entsprechend der Planvorlage sind Arbeiten für Kabelgräben, das Verlegen der Schutzrohre und Kabel sowie Mithilfe bei der Aufstellung der Beleuchtungsmasten des AG mit auszuführen.

Ausstattung im Bereich vorhandener Zufahrten, Zugänge

Im Bereich des vorhandenen Parkplatzes sind Zugänge entsprechend der Planvorlage neu herzustellen.

Bestandteil dieser Ausschreibung sind u.a. noch folgende Ausstattungen

- Die Beseitigung und die Neuaufrstellung von Standardverkehrszeichen.
- Die Verlegung von Kabelschutzrohren.
- Verlegen von Schutzrohren und Stromkabeln einschließlich Herstellung der Kabelgräben für die Beleuchtungseinrichtungen der Stadt Kiel
- Höhenanpassung von Schieberkappen und Schächten
- Durchführung von Hilfsleistungen bei den Kontrollprüfungen des Auftraggebers.

1.1.7 Schmutzwasserkanalisation

-entfällt-

1.1.8 Regenwasserkanalisation

-entfällt-

1.1.9 Anschlussleitungen

Der neu herzustellende Straßenablauf wird über Anschlussleitungen DN 150 PP an den städtischen Kanalisationsanlagen bzw. dem Übergabeschacht angebunden.

Für die neuen Rohre ist eine Flachgründung auf den vorhandenen tragfähigen Böden vorgesehen. Bei Anschnitt aufgeweichter Geschiebeböden / Schluffe / Tone sind diese durch ein 30 cm mächtiges Kieselpolster zu ersetzen. Der Bodenersatz muss einschließlich 60° Druckabtragungsbereich erfolgen. Als Bodenersatzmaterial kann ortsübliches, gutverdichtbares ($U \geq 3$) Grubenmaterial verwendet werden. Die Lagerungsdichte muss mindestens mitteldichte Lagerung bzw. 100 % der einfachen Proctordichte erreichen.

Als Verbauart wird -wenn notwendig- allgemein ein Krings-Verbau oder Stahlplatten-verbaus gem. DIN 18303 vorgegeben. Die für die Bemessung der Baugruben erforderlichen Kennwerte sind dem Bodengutachten zu entnehmen.

Für Inspektionen und Reinigungen sind Kunststoff-Universalschächte DN 400 gegen Übergabeschächte aus Beton-Fertigteilen DN 1.000 nach dem Standart der LH Kiel mit befahrbaren Schachtabdeckungen fachgerecht einzubauen. Der RW-Uponorschacht wird in der Grünfläche wieder eingebaut, der SW-Uponorschacht ist auf dem Bauhof Grasweg zu transportieren.

1.2 Ausgeführte Vorarbeiten

Im Jahr 2025 wurde die Toilettenanlage des ABK hergestellt. In diesem Zuge ist ein Verteilerschrank hergestellt worden, von wo aus die Fahrradabstellanlagen angeschlossen werden sollen.

1.3 Gleichzeitig laufende Bauarbeiten

-KEINE-

1.4 Sonstiges

Die Verordnung über Sicherheits- und Gesundheitsschutz auf Baustellen (Baustellenverordnung - Baustell V) wird beachtet. Hinweisen des durch den Auftraggeber eingesetzten Koordinators und der Örtlichen Bauüberwachung in Bezug auf die Einhaltung von Unfallverhütungsvorschriften oder sonstigen Sicherheits- und Gesundheits-schutzbestimmungen wird Folge geleistet.

Der Ansprechpartner für Belange nach Maßgabe der Verordnung über den Sicherheits- und Gesundheitsschutz auf Baustellen wird vor Baubeginn benannt. Der Auftragnehmer ist diesbezüglich dem Auftraggeber auch für die von ihm eingesetzten Nachunternehmer verantwortlich.

Der Auftragnehmer stellt sicher, dass eine entsprechend weisungsberechtigte Person (z.B. Schachtmeister, Vorarbeiter) ständig auf der Baustelle anwesend ist und dem Auftraggeber benannt wird. Etwaige Hinweise werden protokolliert und vom v.g. Vertreter des Auftragnehmers, als Zeichen der Kenntnisnahme, mit Unterschrift bestätigt.

2. Angaben zur Baustelle

2.1 Lage der Baustelle

Landeshauptstadt Kiel, Stadtteil Elmschenhagen

2.2 Vorhandene öffentliche Verkehrswege

Wiener Allee

2.3 Zugänge, Zufahrten

Die Baustellen sind gegen unbefugtes Betreten zu sichern.

Vom Auftraggeber werden keine besonderen Zugänge und Zufahrten zur Baustelle zur Verfügung gestellt.

2.4 Anschlussmöglichkeiten an Ver- und Entsorgungsleitungen

Vom Auftraggeber können keine Anschlussmöglichkeiten an Ver- und Entsorgungsleitungen für Trinkwasser, Abwasser, Strom usw. zur Verfügung gestellt werden. Die Ver- und Entsorgung ist Sache des Auftragnehmers.

2.5 Plätze für Baustelleneinrichtung und Baustofflagerung

Flächen für die Baustelleneinrichtung sind nur auf den Grundstücken vorhanden.

Für weiteren Platzbedarf für den Baustellenbetrieb als vom AG vorgesehen, hat sich der AN rechtzeitig mit dem Ordnungsamt abzustimmen. Stamm- und Wurzelbereiche von Bäumen sind zu schützen und dürfen für die Lagerung von Baustoffen und für die Baustelleneinrichtung nicht in Anspruch genommen werden. Die Richtlinie zum Schutz von Bäumen, Vegetationsbeständen und Tieren bei Baumaßnahmen und Sträuchern (RAS-LP 4) ist zu beachten.

2.6 Gewässer

Jede Verunreinigung der Vorfluter ist auszuschließen. Hierfür erforderliche Leistungen werden nicht gesondert vergütet und sind in die Einheitspreise einzurechnen.

Als Straßenbaustoffe werden nur Baustoffe verwendet, die eine Verunreinigung des Bodens und des Grundwassers ausschließen.

Die Einrichtung und der Betrieb der Straßenbaustelle sind so durchzuführen, dass die Abwasser- und Abfallbeseitigung sowie die Lagerung von Wasser gefährdenden Stoffen geregelt ist und eine Verunreinigung des Bodens und des Grundwassers ausgeschlossen wird.

Bei allen Arbeiten, die im Einzugsgebiet der Gewässer erfolgen, sind Verunreinigungen jeder Art zu vermeiden. Besonderes Augenmerk ist auf den Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (u.a. Treibstoffe, Schmiermittel etc.) zu legen. Anfallende

Kosten für den Schutz vor Verunreinigungen bzw. die Beseitigung derselben (dies betrifft auch eventuell verhängte Buß- und Strafgeelder) sind vom Auftragnehmer zu tragen.

Für Wasserstände und Abflussereignisse in den Gräben selbst, die die Kanal- und Leitungs-Bauarbeiten behindern, ist die anliegende Baugrunduntersuchung zu beachten.

2.7 Baugrundverhältnisse

Unterbau / Untergrund

Eine Baugrundbeurteilung liegt von GSB Grundbauingenieure GmbH mit Stand vom 09.10.2025 vor. Jedoch sind keine Analysen und Bewertungen des Asphalts und des anstehenden Bodens durchgeführt worden.

Der Bodenaushub bewegt sich hauptsächlich in Kiestrag- und Frostschutzschichten. Es ist von Bodenbelastungen LAGA Z 0 und Deponieverordnung DK 0 auszugehen.

Am Baubeginn werden verschiedene Suchschachtungen durchgeführt. Ist eine ausreichende Frostsicherheit des anstehenden Bodens vorhanden, wird auf den Austausch der Frostschutzschicht verzichtet. Der Bodenaushub erfolgt dann bis UK Schottertragsschicht.

Der AN hat Bereitstellungsflächen für den Asphaltaufbruch zur Verfügung zu stellen. Der Asphaltaufbruch ist vom AN zu den Bereitstellungsflächen zu transportieren und dort eigenverantwortlich beproben zu lassen. Anschließend erfolgt die Entsorgung entsprechend der Analyseergebnisse durch den AN. Entsprechende Positionen sind im Leistungsverzeichnis enthalten.

Werden bei den Bauarbeiten Anzeichen für bisher unbekannte Belastungen des Untergrundes wie

- abartiger Geruch,
- anormale Färbung,
- Austritt von verunreinigten Flüssigkeiten,
- Ausgasungen,
- Reste alter Ablagerungen (Hausmüll, gewerbliche Abfälle etc.)

angetroffen, ist der Grundstücksbesitzer als Abfallbesitzer zur ordnungsgemäßen Entsorgung des belasteten Bodenaushubes verpflichtet. Auf die gesetzliche Anzeigepflicht wird ausdrücklich hingewiesen.

2.8 Seitenentnahmen und Ablagerungsstellen

Seitenentnahmen sind nicht vorgesehen.

Ablagerungsstellen werden vom Auftraggeber nur im Bereich des Grundstückes bereitgestellt. Für eventuelle Ablagerungen außerhalb des Baufeldes sind Genehmigungen durch den Auftragnehmer einzuholen und nachzuweisen.

2.9 Schutzbereiche und -objekte

Lärmschutz

Der Auftraggeber weist darauf hin, dass Lärm durch den Einsatz entsprechend dem Stand der heutigen Technik lärmgedämmter Geräte und Maschinen weitestgehend zu mindern ist.

Katastergrenzen, Vermessungspunkte

Grenzpunkte und amtliche Festpunkte im Baufeldbereich dürfen nicht beseitigt werden. Betreffende Punkte sind dem Auftraggeber anzuzeigen.

Sollten bei den Bauarbeiten Grenzsteine, Kilometersteine, Polygonpunkte, Höhenpunkte und sonstige amtliche Festpunkte auch außerhalb des Baufeldes entfernt oder in ihrer Lage verändert werden, so dürfen diese nicht wieder vom Auftragnehmer selbst gesetzt werden. Der Auftragnehmer hat in diesem Fall den AG zu informieren.

Wasserschutzzonen

Der Baubereich liegt in keiner Trinkwasserschutzzone.

Daraus ergeben sich zwar keine gesonderten Anforderungen im Sinne von konstruktiven Schutzmaßnahmen für den beabsichtigten Leitungsbau, jedoch ist bei der Bauausführung der ohnehin zu berücksichtigende Grundsatz des Umgangs mit wassergefährdenden Stoffen zu beachten und ein Eindringen in den Untergrund auszuschließen.

Beweissicherung

Grundsätzlich sind Schäden an der vorhandenen Bebauung, den Einfriedungen und den Vorgartenbepflanzungen seitens des Baubetriebes durch geeignete Maßnahmen auszuschließen, die erforderlichen Schutzmaßnahmen sind mit entsprechenden Positionen des Leistungsverzeichnisses ausgeschrieben. Schäden, die durch den Baubetrieb verursacht werden, sind von diesem zu beseitigen bzw. zu ersetzen.

Kampfmittelbeseitigung

Im Baubereich sind anhand einer visuellen Luftbilddauswertung in angrenzenden Flächen Kriegseinwirkungen festgestellt worden. Im Umfeld wurden starke Zerstörungen durch Abwurfmunition (Bomben) festgestellt. Konkrete Bombenblindgängerhinweispunkte konnten nicht festgestellt werden. Danach kann das Vorhandensein von Kampfmitteln jedoch nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden. Falls Auffälligkeiten im Boden erkannt werden, ist bei Kriegsaltlasten der Kampfmittelräumdienst, Tel. 04340 404940 oder die örtliche Polizei einzubinden.

In dem gesamten Baubereich der „Mobilitätsstation Andreas-Hofer-Platz“ handelt es sich um eine Kampfmittelverdachtsfläche. Es muss auf der angefragten Fläche der geplanten baulichen Anlagen bzw. der bodeneingreifenden Maßnahmen eine Überprüfung mittels Sondiertechnik erfolgen. Diese Oberflächensondierung führt der AN im Vorfeld der Baumaßnahme durch. Sollte weiterhin für Teile der Ausführungen keine Baufreiheit vorliegen, sind die Erdarbeiten im Beisein eines §20-Mannes auszuführen. Diese OZ ist im LV enthalten.

2.10 Anlagen im Baubereich

Leitungen

Im Bereich der Baumaßnahme befinden im Randbereich bzw. in den öffentlichen Verkehrsflächen Ver- und Entsorgungsanlagen für Abwasser, Wasser, Gas, Strom, Fernwärme, Telefon u.a. Der Bieter kann sich vor Abgabe des Angebotes bei den Versorgungsunternehmen über die Lage der Versorgungsanlagen erkundigen.

Für die Anlagen im Gebiet der Baumaßnahme ist der Auftragnehmer (AN) verantwortlich zur Anfrage der Planauskunft der Betreiber der Anlagen. Die Beschaffung der Unterlagen ist allein die Aufgabe der ausführenden Firma. Sie kann sich der Internetplattform www.aliz.de bedienen.

Der AN behält aber die Verantwortung für die Vollständigkeit der Planauskunft. Kosten für Rohrleitungs-, Kabel- und sonstige Anlage Schäden, die durch den AN während der Bauarbeiten verursacht werden, werden vom Auftraggeber (AG) nicht übernommen.

Beim Regulieren von Kappen und Schachtabdeckungen sind die Richtlinien der verschiedenen Versorgungsträger zu beachten. Sämtliche Versorgungsträger sind vor Baubeginn zu benachrichtigen.

Für Erschwernisse und Behinderungen, die sich durch das Vorhandensein der Ver- und Entsorgungsanlagen ergeben, werden keine gesonderten Vergütungen gewährt. Die zusätzlichen Kosten sind in die Einheitspreise der entsprechenden Positionen einzurechnen.

Es müssen bei der Herstellung der Kanalarbeiten Sicherungsarbeiten durchgeführt werden.

Schieber sind freizulegen und Zug um Zug auf die Höhe der jeweiligen Schicht zusetzen und am Ende mit der dort vorgesehenen Deckschicht zu versehen. Diese Leistungen werden über entsprechende Ordnungszahlen gesondert vergütet.

2.11 Öffentlicher Verkehr im Baubereich

Der öffentliche Verkehr wird durch die ausgeschriebenen Verkehrs- und Arbeitsstellsicherungsmaßnahmen geregelt.

Der Baustellenverkehr hat sich dem öffentlichen Verkehr stets unterzuordnen.

Bemerkungen zum Kanal- und Strom-/ Gas-/ Wasserleitungsbau

Während der Verkehrsraumeinschränkungen sind grundsätzlich die Rettungswege freizuhalten und der Anlieger- sowie Fußgängerverkehr zu gewährleisten. Dementsprechend ist bei allen Kanal- und Leitungsverlegungsarbeiten der Rohrgrabenaushub auf den vom Auftragnehmer noch eigenverantwortlich anzumietenden Zwischenlagerplatz abzutransportieren. Grundsätzlich ist der Kanalbau haltungsweise zwischen den Knoten durchzuführen, um die Sperrungen auf die jeweiligen Bauabschnitte zu begrenzen. Behinderungen und sämtliche zusätzliche Kosten hierfür sind in die entsprechenden Positionen einzurechnen.

3. Angaben zur Ausführung

3.1 Verkehrsführung, Verkehrs- und Arbeitsstellensicherung

Allgemein

Je nach Baufortschritt bzw. Fertigstellungsgrad der Maßnahme ist die Beschilderung auf- und abzubauen. Unvertretbare Verkehrsbehinderungen dürfen nicht auftreten.

Die Baustelle ist täglich mit Ende der Arbeiten so zu beräumen, dass die Verkehrsbehinderung verringert und auf ein notwendiges Maß beschränkt wird.

Die Beschilderungen müssen so aufgestellt werden, dass sie gut sichtbar ist und keine Behinderung für den Verkehrsteilnehmer darstellt.

Die genauen Standorte der Einrichtungen der Verkehrs- und Arbeitsstellensicherung sind durch den Auftraggeber und die Verkehrsbehörde vor Ort festzulegen.

Mit der Durchführung der Arbeiten darf erst begonnen werden, wenn die ordnungsgemäße Aufstellung von Verkehrszeichen durch die Bauüberwachung des AG und der Verkehrsbehörde der Stadt Kiel abgenommen wurde.

Die Verpflichtung des AN für die Sicherung und Absperrung endet erst mit vollständiger Abnahme der Maßnahme.

Die Verkehrssicherungspflicht obliegt dem Auftragnehmer während der gesamten Bauzeit und betrifft den gesamten zu sichernden Leistungsbereich. Die Kontrolle ist gem. ZTV SA täglich durchzuführen (auch am Samstag, Sonntag und an Feiertagen). Die Kontrolltätigkeit für den Leistungsgegenstand hat nachfolgenden Gesichtspunkten zu erfolgen = Aufbau, Unterhaltung, Reinigung, technische Sicherheit, Funktionsfähigkeit und Abbau.

Der Auftragnehmer hat innerhalb von 7 Tagen nach Zuschlagserteilung die Anordnung der Verkehrs- und Arbeitsstellensicherung beim Ordnungsamt der Stadt Kiel zu beantragen.

Verkehrsbeschränkung

Verkehrsbeschränkungen sind nur geringfügig wie z.B. bei An- und Abtransport Bewegungen zu erwarten.

Ansonsten finden die Bauarbeiten auf dem in sich geschlossenen Grundstücken der LH Kiel statt.

Nach Zuschlagserteilung benennt der AN für die gesamte Verkehrssicherung und Beschilderung eine verantwortliche Person, die von der Polizei und dem AG jederzeit erreichbar ist, wenn die Absicherung / Beschilderung nicht mehr im ordnungsgemäßen Zustand bzw. die Verkehrssicherheit gefährdet ist. Diese Person muss entscheidungsbefugt und gleichzeitig auch fähig sein, kleinere Maßnahmen durchzuführen zu können, sowie der deutschen Sprache mächtig sein. Sie muss die deutschen Straßenverkehrsvorschriften und die im Bereich von Arbeitsstellen erforderlichen Aufgaben der Verkehrsführung, der Beschilderung, der Markierung, der Absicherung, sowie der Beleuchtung beherrschen und entsprechend der ZTV-SA herstellen und beurteilen können (Nachweis durch Lehrgangsbescheinigungen bzw. langjährige Praxiserfahrung)

Die entsprechenden Verkehrsführungspläne (Schilder- und Markierungspläne), die sich in Abhängigkeit vom jeweiligen Bauablauf ergeben, müssen durch den AN erstellt werden.

Abstimmungen mit den örtlichen Behörden sind eigenverantwortlich durchzuführen.

Für Behinderungen des öffentlichen Verkehrs, die sich aus internen Bauabläufen ergeben, z.B. Fräsen, Schneiden von Fahrbahndecken, Asphaltieren, etc., sind durch den AN eigenverantwortlich die verkehrsbehördlichen Anordnungen zu erwirken.

3.2 Bauablauf

3.2.1 Allgemeines

Vor dem Beginn von Arbeiten, die sich auf den Straßenverkehr auswirken, ist vom AN als Voraussetzung für die Durchführung von Baumaßnahmen und zur Aufrechterhaltung von Verkehrssicherungsanlagen einschließlich der Beschilderung und Baustellenmarkierung nach § 45 Abs. 2 StVO eine **Verkehrsordnung** einzuholen. Diese ist rechtzeitig beim Bürger- und Ordnungsamt der Landeshauptstadt Kiel zu beantragen. Die Gebühren für die Anordnung sind in die Pauschale für die Verkehrssicherung einzurechnen.

Der AN fertigt auf der Grundlage der angegebenen Fristen einen detaillierten Bauzeitenplan gem. § 5 Nr. 1 VOB/B an. Der Bauzeitenplan wird Vertragsbestandteil.

Es ist ausreichend Fachpersonal einzusetzen, um die vorgegebene Bauzeit einzuhalten. Der AG ist bei schleppendem Bauablauf berechtigt zusätzliches Fachpersonal anzufordern.

Der Bauzeitenplan ist gemäß dem tatsächlichen Bauablauf fortzuschreiben.

3.3 Wasserhaltung

Regenwasser

Wasserhaltungsmaßnahmen sind bei Herstellung der Regenwasserkanalisation vorgesehen und daher Leistungsbestandteil.

Die Entwässerung des Planums und die Vorflutwirkung der Regenwasserkanalisation ist über die gesamte Bauzeit aufrecht zu halten. Die sorgfältige Entwässerung der Baustelle und das Abführen des Niederschlagswassers (insbesondere bei ungünstiger Witterung) in jeder Bauphase obliegen dem Auftragnehmer ohne gesonderte Vergütung. Daher ist auf die erforderliche Längs- und Querneigung des Arbeitsplanums zu achten.

Schmutzwasser

-Entfällt-

3.4 Baubehelfe

Baubehelfe wie Fußgängerbrücken usw. sind nur im geringen Umfang erforderlich.

3.5 Stoffe und Bauteile

Für alle zu verwendenden Baustoffe sind dem AG 14 Tage vor Einbau die Gütenachweise vorzulegen. Die Lieferung der Stoffe hat nach VOB/C zu erfolgen. Lieferscheine für Hauptbaustoffe sind im Original zu übergeben.

Produkte aus anderen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, die den technischen Vertragsbedingungen nicht entsprechen, werden einschließlich der im Herstellerstaat durchgeführten Prüfungen und Überwachungen als gleichwertig behandelt, wenn mit ihnen das geforderte Schutzniveau, (Sicherheit, Gesundheit und Gebrauchstauglichkeit) gleichermaßen dauerhaft erreicht wird. Es dürfen nur Produkte geliefert werden, welche ohne ausbeuterische Kinderarbeit im Sinn des IAO-Übereinkommens Nr. 182 produziert wurden.

Die Kosten für die Zusammenstellung der geforderten Unterlagen werden nicht gesondert vergütet.

Es sind Erdstoffe nach ZTV E-StB einzusetzen. Im Bereich von Baugrubenverfüllungen bzw. Hinterfüllungen sind die gemäß ZTV E-StB vorgeschriebenen Verdichtungsanforderungen einzuhalten und durch den AN nachzuweisen.

Rohre haben der DIN EN 1852 zu entsprechen. Die Normen und Richtlinien der Gütegemeinschaft Kunststoffrohre e.V. sind einzuhalten.

Steifigkeitsklassen: Mind. SN 8 für alle Anschlussleitungen und mind. SN 10 für alle Hauptkanäle gem. DIN EN ISO 9969. Dichtheit gegen hydrostatischen Druck von außen bis 5 m WS.

Die Mitverwendung von karbonathaltigen Zuschlägen und Kalziumkarbonat ist nicht zulässig!

Straßenbau

Im Straßenoberbau dürfen nur Mineralstoffe verwendet werden, die einer Güteüberwachung nach den Grundsätzen der TL G SoB - StB unterliegen.

Für den Einbau der Frost- und Schottertragschichten sind die Herstellungs- und Einbaubedingungen der ZTV SoB - StB, der der TL SoB - StB sowie der TL G SoB - StB einzuhalten.

Für den Einbau der hydraulisch geb. sowie Asphalttragschichten gilt die ZTV Asphalt-StB und die TL Gestein- StB.

Mit den Mischgutrezepturen sind gleichzeitig die Nachweise der Güteüberwachung (Eigen- und Fremdüberwachung) für das zu liefernde Asphaltmischgut gem. den technischen Lieferbedingungen für Asphalt im Straßenoberbau, Teil Güteüberwachung (TL G OB-StB) an den Auftraggeber einzureichen.

Für alle zu verwendenden Baustoffe sind dem AG 14 Tage vor Baubeginn die Eignungsnachweise vorzulegen.

Zusätzlich zur Alkali- Richtlinie des DafStb ist folgendes zu beachten:

Es sind grundsätzlich Gesteinskörnungen der Alkaliempfindlichkeitsklasse EI zu verwenden.

Für Zuschläge mit einem Korndurchmesser > 4 mm ist nur gebrochenes Felsgestein zu verwenden.

Die verwendeten Gesteinskörnungen sind grundsätzlich nach DIN EN 1367-1 hinsichtlich ihrer Frostbeständigkeit zu prüfen. Dabei ist der Masseverlust auf <0,4 % zu begrenzen. Forderungen des DIN Fachberichtes 100 sind ebenfalls einzuhalten.

Es ist grundsätzlich die Anwendung von NA- Zementen vorzusehen.

Beabsichtigt der Bieter andere als in der Ausschreibung vorgesehene Baustoffe einzusetzen, so ist dies nur in Form eines Nebenangebotes möglich.

Regenwasserkanalisation:

Die verwendeten Rohre, Formstücke, Rohrverbindungen, Schächte und sonstigen Fertigteile müssen genormt sein bzw. das Prüfzeichen des Institutes für Bautechnik Berlin aufweisen. Für Importerzeugnisse ist die deutsche Zulassung erforderlich.

Die Rohrgrabenaushubtiefen für die Regenwasserkanäle ergeben sich aus den Längsschnitten zuzüglich Auflagerschicht von 15 cm.

Um ein Aufweichen des Bodens zu verhindern, ist der Aushub für die Auflagerschicht erst unmittelbar vor Verlegung vorzunehmen.

Für den Aushub im Bereich der vorhandenen Kabel und Leitungen in Kreuzung und Näherung sind Suchschachtungen nach Festlegung durch die Bauleitung durchzuführen, bei Annäherung bis auf den Mindestabstand zu diesen Leitungen ist grundsätzlich per Hand zu schachten.

Bei allen Rohrverlegungen sind die Mindestabstände nach DIN 19630 zu den vorhandenen Ver- und Entsorgungsleitungen einzuhalten.

Für die Rohrverlegung, gelenkigen Anschluss an die Schächte, Herstellung der Auflager- und Bettungsschicht (vorgesehen als Kies – Sand - Auflager 120 °) sowie Verfüllung und Verdichtung der Rohrgräben ist die DIN EN 1610 einzuhalten. Zusätzlich sind die Verlegerichtlinien der Rohrhersteller zu beachten.

Für alle Rohrverlegungen und den Schachtbauwerken ist vom Auftragnehmer ein statischer Nachweis zu erbringen, der die gewählten Einbaubedingungen, Baugrundverhältnisse und Verkehrslasten SLW 60 berücksichtigt. Die Kosten hierfür sind in die entsprechenden OZ einzurechnen.

Die Verfüllung der Rohrgräben ist durch lagenweisen Einbau bis max. 30 cm Schütthöhe vorzunehmen. Der Verdichtungsgrad ist durch Eigenüberwachung des AN zu prüfen. Für den wieder einzubauenden Rohrgrabenaushub ist durch den AN festzustellen, ob die gem. ZTVE-StB vorgeschriebene Verdichtung eingehalten werden kann.

Ausbaumaterialien - Verwendung gebrauchter Stoffe

Alle wiederverwendbaren Stoffe und Materialien, die zu den städtischen Bauhöfen bzw. Lagerplätzen gefahren werden, sind dort gegen Quittung abzugeben. Wiederverwendbare Gehwegplatten, Betonsteinpflaster und Pflasterklinker sind auf Paletten zu stapeln und mit mindestens vier verzinkten Bandeisen zu bündeln. Bordsteine sind auf dem Lagerplatz des AG sorgfältig abzuladen und zu stapeln. Alle Materialien sind sorgfältig zu säubern.

Vom AG gelieferte Stoffe

Vom AG bereitgestellte Stoffe und Einbauteile gehen bei der Abholung durch den AN in dessen Verantwortung über. Vom AG gelieferte Materialien sind vom Lieferfahrzeug abzuladen und soweit erforderlich zwischenzulagern. Sie sind diebstahlsicher zu verwahren.

3.6 Abfälle

Die Bestimmungen des Gesetzes zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Beseitigung von Abfällen KrW-/AbfG - Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz, sind vom Auftragnehmer zu beachten.

3.7 Winterbau

Für den Fall einer starken Winterwitterung, in der die Arbeiten ruhen, hat der Auftragnehmer dafür zu sorgen, dass die Baustelle in einem verkehrssicheren Zustand ist und der Winterdienst ordnungsgemäß durchgeführt werden kann. Sämtliche Wartungs- und Ausbesserungsarbeiten sind in die Einheitspreise mit einzukalkulieren.

Bei sämtlichen auszuführenden Bauleistungen, sind die einschlägigen technischen Vorschriften unter Bezug auf die geforderten Witterungsbedingungen (Temperatur, Luftfeuchtigkeit, Taupunkt usw.) einzuhalten.

3.8 Beweissicherung

Eine Beweissicherung ist nicht erforderlich.

3.9 Belastungsannahmen

Sämtliche Anlagen in der Straße sind so herzustellen, dass sie dem Belastungsfall SLW 60 entsprechen. Nachweise sind in geprüfter Form dem Auftraggeber vorzulegen.

Lastannahmen für die Rohrstatiken

Einzelgraben, Grabenbreite 1,00;

Verkehrslast: SLW 60;

0,80 m minimale Rohr-Überdeckung, 1,50 m maximale Rohr-Überdeckung;

0,50 m Grundwasser über Rohrsohle;

anstehender Boden G1, Baugrund unter Rohr G1;

Einbettung der Leitungszone G1, Überschüttung der Leitungszone G1

Verbaugeräte bzw. Verbauplatten; Überschüttungsbedingungen für Grabenverfüllung A2, Einbettungsbedingungen für Rohrleitungen B2; Auflagerwinkel 120°, Sand-Kies-Auflager

3.10 Vermessungsleistungen, Aufmassverfahren

Grundlage für die Absteckung ist der Absteckplan des AG.

Ist in den Bodenpositionen die Abrechnung nach Auf- oder Abtragsprofilen vorgeschrieben, so hat der Nachweis grundsätzlich über ein geometrisches Nivellement zu erfolgen. Der Nachweis der Einbaudicke von Frost- und Schottertragschicht hat ebenfalls entsprechend den Technischen Prüfvorschriften zur Bestimmung der Dicken von Oberbauschichten im Straßenbau (TPD- StB) über die Höhenmessung mittels geometrischen Nivellements zu erfolgen. Die geometrischen Nivellements werden durch den Auftragnehmer und grundsätzlich in Anwesenheit des Auftraggebers aufgenommen. Die Ergebnisse des jeweiligen Nivellements sind sofort auf der Baustelle bzw. spätestens einen Tag nach der Messung dem Auftraggeber zu übergeben.

Für alle eingebauten Erdbaustoffe, ungebundenen Tragschichten, Asphalttrag- und Deckschichten sind dem AG die Originale der Wiegescheine im Zuge des Einbaus vorzulegen und spätestens mit dem Aufmass zu übergeben.

Bautagesberichte über die Witterung, ausgeführte Leistungen und Personal-, sowie Geräteeinsatz sind schriftlich festzuhalten und der örtlichen Bauleitung wöchentlich zu übergeben.

Relevante Bauereignisse, wie z. B. unvermutetes Auffinden von Mauerwerk, Betonfundamente und Findlinge o. ä. sind mit entsprechender Dokumentation im "Bautagesbericht u. durch digitale Fotos" festzuhalten und der Bauleitung des AG auszuhändigen. Parallel dazu ist die Bauleitung des AG über diese Ereignisse kurzfristig zu informieren.

Einen Bestandsplan für die eingebauten Kanalanlagen erstellt der AG in eigener Regie. Grundlage für den Plan sind die von der Vermessungsabteilung des AG und den vorgenommen Video-Kanaluntersuchungen getroffenen Feststellungen. Der Bestandsplan gilt nicht als Abrechnungsplan.

3.11 Prüfungen, Abnahme

Allgemeines

Die vom AG geforderten Prüfungen zum Nachweis der vertragsgemäßen Beschaffenheit von Lieferungen und Leistungen der zurzeit gültigen DIN- Vorschriften, der ZTV'n und der VOB hat der AN ohne besondere Vergütung zu erbringen und durch Zeugnisse zu belegen.

Abweichend von den Regelungen der VOB werden die hergestellten Leistungen in Teilbereichen vor Abnahme in Gebrauch genommen, z.B. für die Ableitung des anfallenden Schmutz- und Regenwassers und zur Aufrechterhaltung der Wasserversorgung.

Eignungsprüfungen

Die Eigenüberwachungsprüfungen sind durch den AN so zu organisieren, dass eine qualitätsgerechte Bauausführung gewährleistet ist.

Eignungsprüfungen sind durch den AN, gemäß den technischen Vorschriften auszuführen. Übergabe an den AG 14 Tage vor Einbau.

Soweit in der Leistungsbeschreibung formuliert ist, dass geeignete Baustoffe verwendet werden, hat der AN mindestens 2 Wochen vor Ausführung der entsprechenden Leistung dem AG eine Eignungsprüfung zur Zustimmung vorzulegen.

Für alle industriellen Nebenprodukte in ungebundenen Schichten gilt die TL G SoB-StB im Hinblick auf Korngrößen, Kornverteilung, Unter- und Oberkorn. Die Prüfung von industriellen Nebenprodukten erfolgt grundsätzlich nach gleichen Prüfnormen oder Prüfvorschriften wie für natürliche Baustoffe.

Eigenüberwachungsprüfungen

Der AG verlangt grundsätzlich die Übergabe der Ergebnisse der Eigenüberwachungsprüfungen, entsprechend ZTV'n.

Der Nachweis der Einbaudicke der ungebundenen Trag- und Frostschutzschichten erfolgt durch das Nivellement bzw. durch Messung an der Schnur. Hierbei ist 2x zu messen (vor und nach dem Einbau).

Eigenüberwachungsprüfungen sind durch den AN so zu organisieren, dass eine qualitätsgerechte Bauausführung gewährleistet wird. Die Ergebnisse sind auf Anforderung dem AG zur Qualitätsbeurteilung zu übergeben.

Kontrollprüfungen

Kontrollprüfungen werden nach den ZTV'n vom AG durchgeführt.

Gegengewichte für Kontrollprüfungen bei Plattendruckversuchen sind im LV erfasst.

Die Probeentnahmen von Mischgut (für die Kontrollprüfungen des Auftraggebers) und die versandfähige Verpackung der Proben sind vom Auftragnehmer in Anwesenheit des Auftraggebers durchzuführen.

Die Probeentnahmen sind ein Teil der vom AN zu erbringenden Leistung. Der Auftragnehmer führt im Beisein des Auftraggebers die Probeentnahmen durch und hält die hierfür erforderlichen Hilfskräfte und Geräte vor. Die Anordnung der Proben hat versetzt zu erfolgen (auf beiden Straßenseiten). Die Probeentnahmen für alle Schichten und die Entnahme der Bohrkerns haben an der gleichen Stelle zu erfolgen.

Der AG ist rechtzeitig von den Probeentnahmen zu informieren.

Höhenfestpunkte, die über die gesamte Bauzeit gesichert werden müssen, legen AG und AN gemeinsam fest.

Verdichtungsnachweis im Tiefbau

Der für die Überprüfung der Tiefbauarbeiten erforderliche Verdichtungsnachweis wird vom AN - Tiefbau im Regelfall von UK Oberbau der Straße nach Ausbau des Baugrubenverbau anhand von Sondierungen mit der leichten Rammsonde (DPL 5) vorgenommen. Anstelle des aufwendigen Nachweises der Proctordichte wird als Kriterium die Schlagzahl „n“ je 10 cm Eindringung verwendet.

Für den Bereich in und oberhalb der Leitungszone werden Schlagzahlen von mindestens 10 Schlägen je 10 cm Eindringung gefordert.

Für alle übrigen Baugruben (ohne Leitungsbau) werden ebenfalls Schlagzahlen von mindestens 10 Schlägen je 10 cm Eindringung gefordert.

In die Beurteilung der Verdichtungswerte sollen neben den aufgeführten Mindestwerten auch die Lagerungsdichte des vorhandenen Erdreiches neben der Baugrube und der Grundwasserstand miteinbezogen werden.

Die Eignung der vorgesehenen Baustoffe, Bauteile und Materialien ist durch den AN gemäß der vereinbarten ZTV mindestens 14 Tage vor dem Einbau nachzuweisen (Eignungsprüfungen). Durch den AN ist nachzuweisen, dass die Güteeigenschaften der Baustoffe im Zusammenhang mit der fertigen Leistung den vertraglichen Anforderungen entsprechen (Eigenüberwachungsprüfungen). Alle erforderlichen Prüfungen sind entsprechend in die Einheitspreise einzurechnen.

Für die Neuverlegung der Entwässerungsleitungen gilt, dass der AN den Nachweis der Dichtigkeit der Rohrleitungen nach DIN EN 1610 zu erbringen hat.

3.12 Allgemeine Schutzvorkehrungen

Der AN hat alle gesetzlichen Bestimmungen hinsichtlich der Sicherheit der am Bau Beteiligten Personen und Sachen einzuhalten. Insbesondere die Einhaltung der aktuellen Unfallverhütungsvorschriften und Regeln ist Pflicht des Auftragnehmers. Bei diesem Vorhaben sind insbesondere zu beachten:

DGUV Vorschrift 1 (bisher BGV A1) Grundsätze der Prävention
DGUV Vorschrift 3 (bisher BGV A3) Elektrische Anlagen und Betriebsmittel
DGUV Vorschrift 6 (bisher BGV A4) Arbeitsmedizinische Vorsorge
DGUV Vorschrift 21 (bisher BGV C5) Abwassertechnische Anlagen
DGUV Vorschrift 38 (bisher BGV C22) Bauarbeiten
DGUV Regel 101-008 (bisher BGR 161) Arbeiten im Spezialtiefbau
DGUV Regel 103-008 (bisher BGR 177) Steiggänge für Behälter und Umschlossene Räume
DGUV Regel 201-052 (bisher BGR 236) Rohrleitungsbauarbeiten
DGUV Regel 103-003 (bisher BGR 126) Arbeiten in umschlossenen Räumen
Von abwassertechnischen Anlagen

Zur Eindämmung der Staubentwicklung bei Baumaßnahmen müssen bei Arbeiten im gesamten Kieler Stadtgebiet Nassschneidegeräte für Zuschnitte verwendet werden. Die Mehrkosten für die Schneidetechnik sind in den jeweiligen Positionen

einzurechnen. Aufgrund der Lärmemissionen werden Stromaggregate ebenfalls nicht zugelassen.

Zum Schutz gegen Baulärm ist die allg. Verwaltungsvorschrift Geräuschemission VwV vom 19. August 1970 (Beilage zum BAnz. Nr. 160 vom 1. Sept. 1970) zu beachten.

Die Regelarbeitszeit soll zwischen 7⁰⁰ Uhr und 20⁰⁰ Uhr liegen.

3.13 Druckprüfungen

-entfällt-

3.14 Sicherungsarbeiten

Die Baustelle ist vor unbefugtem Betreten zu sichern.

Die Baustelle muss auch nachts ausreichend erkennbar (beleuchtet) sein. Hierzu erfolgt keine gesonderte Vergütung. Die Leistungen sind in die Einheitspreise einzukalkulieren.

3.15 Zustandsfeststellung nach §4 (10) VOB/B und VOB Abnahme

Vor der Abnahme nach §12 VOB/B hat eine Zustandsfeststellung nach §4 (10) VOB/B auf Verlangen des Auftraggebers der Oberflächen mit der Beteiligung des Sachbereich Verkehrswegeunterhaltungsmanagement der LH Kiel statt zu finden.

3.16 Abrechnungsgrundsätze und Schlussrechnung

Die Anlage „Formale Mindestanforderungen an Abrechnungsunterlagen von Baumaßnahmen“ ist zwingend zu beachten. Abrechnungsunterlagen die diesen Anforderungen nicht genügen werden zurückgewiesen.

Stundenlohnarbeiten

Stundenlohnarbeiten, die vor der Ausführung nicht angemeldet und vereinbart wurden werden grundsätzlich nicht vergütet. (§15 VOB/B).

Stundenlohnzettel müssen folgende Angaben enthalten:

- Bezeichnung der Baustelle – Datum des Arbeitstages – detaillierte Beschreibung der Leistung ggf. mit Ortsbezeichnung innerhalb der Baustelle und funktionellem Personaleinsatz.
- Namen der Arbeitskräfte und deren Berufs- Lohngruppe – die auf der Baustelle geleisteten Arbeitsstunden je Arbeitskraft – die auf der Baustelle geleisteten Betriebsstunden der Geräte und Maschinen mit Angabe der Gerätekenngrößen

Stundenlohnrechnungen sind zügig nach Abschluss der Stundenlohnarbeiten, längstens jedoch im Abstand von 4 Wochen mit allen zugehörigen Nachweisen vorzulegen. (§15 VOB/B).

Zu der jeweiligen eingereichten Rechnung ist eine Sammelliste der Stundenlohnzettel als Tabelle mit Aufgliederung der OZ – Datum des Stundenlohnzettels - geleistete Stunden und Summenbildung ein-zureichen.

Schlussrechnung

Die Schlussrechnung einschl. Massenzusammenstellung ist 60 Tage nach der Bauabnahme einzureichen. Die Schlussrechnung ist in der geforderten Anzahl (gem. den Angaben in den „Besonderen Vertragsbedingungen“) mit Inhaltsverzeichnis und Trennpappen nachfolgender Gliederung in Aktenordnern mit beschriftetem Rücken einzureichen:

- Rechnung
- Mengen- Massenermittlung (REB)
- Aufmaßblätter der Feldaufmaße
- Abrechnungsunterlagen (Soll-Ist-Vergleiche, Aufstellungen bzw. Ausrechnungen zu Feld- aufmaßen)
- Ggf. Stundenlohnnachweise einschl. Sammelblatt
- Wiegescheine einschl. Sammelblatt
- Lieferscheine einschl. Sammelblatt
- Ggf. Frachtbriele

Die Originale der Aufmaßblätter, Wiegescheine, Lieferscheine und ähnliche Abrechnungsbelege erhält die Bauleitung des AG.

Aus Abrechnungszeichnungen oder anderen Aufmaßunterlagen müssen alle Maße, die zur Prüfung der Mengenberechnungen einer Rechnung nötig sind, unmittelbar zu ersehen sein.

3.17 Nachtragsangebote

Für alle während der Bauzeit ggf. notwendigen Zusatzaufträge gelten die Bedingungen des Hauptauftrages, außervertragliche Leistungen dürfen ohne Zustimmung nicht ausgeführt werden.

Bei eventuellen Nachtragsangeboten ist grundsätzlich ein Kalkulationsnachweis beizufügen. Ohne Kalkulationsnachweis erfolgt keine Prüfung, bzw. Beauftragung. (Nachtragsvereinbarung).

Anmerkung

Die in der Baubeschreibung aufgeführten Regelungen, entkräften nicht die gesetzlichen Bestimmungen.

4. Ausführungsunterlagen

4.1 Vom Auftraggeber zur Verfügung gestellte Ausführungsunterlagen

Die kalkulationsrelevanten Ausführungsunterlagen sind diesen Vergabeunterlagen als .pdf-Datei auf einer CD beigelegt.

Nach Zuschlagserteilung werden dem AN die folgenden Unterlagen in zweifacher Form übergeben:

→ Ausführungszeichnungen (Lageplan, Regelquerschnitte, Deckenhöhenpläne für Straße, Absteckunterlagen, Achsberechnungen, Festpunktverzeichnis)

4.2 Vom Auftragnehmer zu beschaffende Ausführungsunterlagen

→ Leitungsbestandspläne

→ Verkehrspolizeiliche Anordnungen zur Arbeitsstellen- und Verkehrssicherung während der Bauzeit

→ Bauzeitenplan

→ statischer Nachweis aller verlegten Rohrleitungen, Schachtbauwerke und des Verbaues.

5 Zusätzlich Technische Vertragsbedingungen

Vertragsbestandteil sind alle zurzeit gültigen Allgemeinen Technischen Vertragsbedingungen für Bauleistungen (ATV) gemäß VOB Teil C, die Zusätzlichen Technischen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Bauleistungen im Straßen- und Brückenbau, DIN- und EN-Normen, Unfallverhütungsvorschriften und Vorschriften des DWA – Regelwerks und des DVGW.